

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Nettogehältern und in allen Staaten ergaublich

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreise monatlich (rei Haus 2 RM, Halbmonat 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt / Reichsstraße 1 u. Expedition: Mühlentorstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto Dresden Nr. 18699, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-Alt, Mühlentorstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Stichstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die normal gestaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Anzeigenzeitung einschließlich an den dreiwöchigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt, Mühlentorstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Vierung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Dresden, Mittwoch, den 21. Dezember 1927

Nummer 296

Keine Unterwerfung!

Streik gegen das Schlichterdictat / Die Arbeiter müssen trotzdem kämpfen / Bankrott der reformistischen Strategie

Kapitulation der Reformisten

Verbindlichkeitserklärung im Ruhrkonflikt

Berlin, 21. Dez. (Eig. Drahtbericht)

Der Reichsarbeitsminister hat den Schlichterspruch in der Eisenindustrie für verbindlich erklärt. Das Berliner Tageblatt meldet aus Essen, daß die drei am Tarifvertrag beteiligten Metallarbeiterverbände in den nächsten Tagen in Versammlungen Stellung nehmen und sich auf den Standpunkt stellen werden, daß die Verbindlichkeitserklärung ihnen eine Bindung auferlegt, die keinerlei Kampfmaßnahmen zur Erzielung besserer Arbeitszeit und Lohnbedingungen ermöglicht.

In welcher bewußter Weise die reformistischen Gewerkschafts- und SPD-Führer jede Kampfmaßnahme der rheinisch-westfälischen Arbeiterklasse gegen die Schwerindustrie verhindern, erklärt sich aus der einleitenden Stellungnahme des heutigen Vorwärts zur Verbindlichkeitserklärung des Schlichterspruches. Er schreibt: „Der Reichsarbeitsminister hat, wie vorauszusehen war, beide Schlichterprüche vom 15. Dezember, die die Arbeiterzeit und die Löhne in der Metallindustrie im Ruhrgebiet regeln, für verbindlich erklärt. Mit dieser Verbindlichkeitserklärung hat ein großes Ringen vorläufig ein Ende genommen.“

Dann weiß der Vorwärts weiter nichts zur Verbindlichkeitserklärung zu sagen, als in schamloser Weise gegen die KPD zu hetzen. In demagogischer Weise fordert das Stamperorgan dann die KPD auf, die von ihr aufgestellte Forderung nach dem allgemeinen Abwehrstreik praktisch zu verwirklichen und die Arbeiter zum Generalstreik aufzurufen. In gemeiner Weise fährt das Blatt fort: „Die KPD wird das nicht tun. Sie wird die Ruhrarbeiter wieder einmal verraten, wie sie die Ruhrarbeiter schon öfter verraten und der Schwerindustrie ausgeliefert hat. Die KPD verschweigt nämlich aus guten Gründen, wie die Organisation der Arbeiterklasse im Ruhrgebiet aussah, bevor die KPD einen nennenswerten Einfluß hatte, und was die KPD aus dieser Organisation gemacht hat... Durch ihre gewerkschaftliche Spaltungsarbeit hat die KPD dahin gewirkt, daß die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder auf ein Viertel ihrer Höchstzahl, die sie nach dem Kriege erreicht hatte, herabsank.“

Nachdem der Vorwärts noch die Schuld für den Rückzug der Reformisten vor der Bürgerblockregierung auf die Christen abwälzen versucht, schreibt er zum Schluß: „Der Kampf im Ruhrgebiet wird als politischer Kampf bei der nächsten Reichstagswahl auszufechten sein.“

Die Stellungnahme des Vorwärts ist die Linie der SPD-Gewerkschaftsführer und das Eingeständnis des Bankrotts der reformistischen Strategie. Mit der Verbindlichkeitserklärung des Schlichterspruches tritt diese Bewegung in ein neues, ernstes Stadium, das die Massen der Hütten- und Metallarbeiter verpflichtet, mit allen Kräften unter der Führung der Opposition dahin zu arbeiten,

den Kampf am 1. Januar auch trotz der Verbindlichkeitserklärung und bis zur Durchsetzung der von den Verbänden aufgestellten Forderungen aufzunehmen.

In dieser Situation darf es keine Schwankungen geben. Die Aufnahme des Kampfes wird jedoch nur gegen den Willen der reformistischen, christlichen und kirchlich-dünkelnden Gewerkschaftsführer möglich sein. Die Berichte aus dem Streikgebiet zeigen, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, dem feigen Kapitulation der Gewerkschaftsführer zu folgen und sich dem Zwangslichterspruch zu unterwerfen. Wenn der Kampf aber erfolgreich geführt werden soll, muß die Zeit bis zum 1. Januar ausgenutzt werden zur Sammlung der Kräfte, zum Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation zur Aktivierung der Betriebsräte, zur Herstellung der Verbindung zwischen den einzelnen Hütten und Metallbetrieben.

Es darf den Reformisten nicht gelingen, den zum Kampf entschlossenen Arbeitermassen ihr Kampfwerkzeug, die Gewerkschaftsorganisationen, in der entscheidenden Situation zu entreißen. Es muß gelingen, trotz der Sabotage der Führer, die Organisationen zur Durchführung des riesenhaften Kampfes zu verwenden. Der Kampf in der Schwerindustrie und sein Ausgang ist von entscheidender Bedeutung, nicht nur für die Hütten- und Metallarbeiter, sondern für die gesamte deutsche Arbeiterklasse, und das Mitteilungsblatt des Ortsausschusses des ADGB in München hat recht, wenn es schreibt:

„Geht dieser Kampf verloren, so wird die deutsche Arbeiterklasse die zweite große Niederlage nach dem Novemberumsturz erleiden, deshalb gilt es mit allen Mitteln zu kämpfen, damit die Niederlage vermieden wird.“

Dieser Erkenntnis und diesen Worten müssen die Arbeiter die entsprechenden Taten folgen lassen. Wir zweifeln nicht: die Hüttenarbeiterklasse wird die Verbindlichkeitserklärung dem Bürgerblockschlichter ebenso vor die Füße werfen, wie

sie einmütig den erbärmlichen Schlichterspruch ablehnte, und wird in Massenversammlungen und in der Entscheidung von Delegationen zu den Gewerkschaftsinstanzen ihren entschlossenen Kampf zum Ausdruck bringen und die Aufnahme des Kampfes am 1. Januar fordern.

Es darf keine Kapitulation geben. Die Kampfgemeinschaft der Hüttenarbeiter, Metallarbeiter mit den Bergleuten, Eisenbahnern und Transportarbeitern muß jetzt Tatsache werden. Der Kampf muß bis zum vollen Siege gegen die scharfmacherischen Schwerindustriellen, gegen das Zwangslichterspruchsgewesen, gegen die Trutzherrschaft und gegen die Bürgerblockregierung, trotz aller Hindernisse seitens der Gewerkschaftsführer, geführt werden.

2000 Hinrichtungen in Kanton

Schanghai, 21. Dez. (Inprekorr.)

Der Terror in Kanton dauert fort. Es sind über 2000 Personen hingerichtet worden.

Die Meldungen über das Schicksal der Angehörigen des Konsulats sind voller Widersprüche. Einerseits vermeldet, daß der Generalkonsul, der Vizekonsul und das Personal des Konsulats verhaftet wurden, andererseits wird gemeldet, daß sich unter den Gefangenen auch der Vizekonsul befindet. Das Gebäude des Sowjetkonsulats ist von Chinesen und Weißgardisten besetzt, das Mobiliar wurde geraubt. Aus Kanton wird die Hinrichtung von neuen Sowjetbürgern gemeldet. Genauer ist jedoch nicht bekannt. Sämtliche Sowjethandelsorganisationen in Schanghai wurden geschlossen und von Polizeiaufgeboten abgepersert. In der Handelsvertretung und in der Zweigstelle der Sowjethandelsflotte nahm die Polizei der Fremdenüberwachung eine Hausdurchsuchung vor, beschlagnahmte jedoch nichts.

Berlin, 21. Dez. (Eig. Drahtbericht)

Das offizielle amerikanische Wochenblatt in Schanghai, „China Weekly Review“, schreibt über die Lage in Schanghai: „Die Lage der Arbeiterklasse in Schanghai erinnert an die Lage unmittelbar vor den Ereignissen am 30. Mai 1925. Die Gefahr eines Generalstreiks schwebt über Schanghai und kann jeden Augenblick Wirklichkeit werden. Wenn auch die Zahl der Streikenden gegenwärtig nicht groß ist, so gab es jedoch bisher in Schanghai niemals ein solch gespanntes Verhältnis und eine so scharfe Zuspitzung zwischen Arbeit und Kapital und besonders zwischen chinesischen Arbeitern und ausländischen Unternehmern, als in der gegenwärtigen Zeit.“

Aus Schanghai wird weiter gemeldet, daß die chinesischen Stadtbehörden Verfügungen erlassen haben, wonach sämtliche

Arbeiterstreiks, ohne Rücksicht darauf, durch welche Ursachen sie hervorgerufen worden sind, aufs schärfste verboten sind und den Streikenden in den englischen und amerikanischen Fabriken, ferner den Hafenarbeitern befohlen wird, die Arbeit unverzüglich aufzunehmen. Die streikenden Arbeiter haben bloßer der Verfügung nicht Folge geleistet. In einer Reihe von größeren betrieblichen Einrichtungen, darunter auch der Post, wurde von den Angehörigen neben den wirtschaftlichen Forderungen auch die politische Forderung auf Legalisierung ihrer Gewerkschaften mit der Streikandrohung erhoben.

Nach Meldungen der United Press aus Hongkong sind in Kanton außer dem Finanzkonsul noch 20 russische Staatsbürger gefoltert worden. Während des Ueberfalls auf das Sowjetkonsulat wurden 2 wirkliche Konsulatsbeamte erschossen, während die übrigen in Ketten gelegt und später im Gefängnis hingerichtet wurden.

Die Telegraf-Agentur der Sowjetunion meldet, daß in Kanton 350 Arbeiter, die bisher im Theater gefangengehalten wurden, sämtlich zum Tode verurteilt und hingerichtet worden sind. Flüchtlinge aus Kanton werden durchsucht und massenweise verhaftet, darunter 25 Führer des Aufstandes.

Neuer revolutionärer Vorstoß auf Kanton

Lu, Peking, 21. Dezember. Wie aus Schanghai gemeldet wird, ist über Kanton erneut der Belagerungszustand verhängt worden, da ein neuer Vorstoß der Kommunisten von Swatow aus erwartet wird. Die Ausländer sind sämtlich nach Schonen übergesiedelt. Auch in Swatow halten sich zur Zeit keine Ausländer auf. Nach weiteren Meldungen sollen auf Anordnung des Generals Li in Kanton sämtliche Gewerkschaften aufgelöst worden sein. In einem Theater Kantons sei gestern eine Kommunistenversammlung ausgehoben worden.

Der zweite Schlag

Auf die Stilllegungsaktion der Eisenkapitäne folgte der zweite Schlag. Diesmal richtete er sich nicht nur unmittelbar gegen die Metallarbeiter, sondern gegen die ganze Arbeiterklasse, gegen das ganze werktätige Volk. Er geht nicht nur von der Spitze der Herrscher der Industrie aus — alle Spitzenverbände des deutschen Unternehmertums, der Großindustrie, des Finanzkapitals und des Großhandels vereinigen sich zu einem wichtigen Schlag gegen die große werktätige Mehrheit des deutschen Volkes. Die Organisationen der Bourgeoisie veröffentlichen ihr „Sparprogramm“. Ein brutaler Griff an die Gurgel der arbeitenden Massen, ein brutales Diktaturprogramm der deutschen Ausbeuter-Oligarchie.

Das „Sparprogramm“ der Spitzenorganisation der Unternehmer steht in engstem Zusammenhang mit dem Jahresbericht des Reparationsagenten des amerikanischen Imperialismus Walter Gilbert: „Das endgültige Urteil über die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Reichsregierung hängt von den politischen Entscheidungen ab, die Deutschland bei der Einräumung der Tendenzen zum übermäßigen Ausgeben und Leihen habe“, heißt Walter Gilbert. Und das Großkapital erregt die Inflation und besteht der Volkstreue seines Wissens, der Bürgerblockregierung:

„Ehrens: Verminderung der Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden bereits im Etat für 1928.“ Das heißt Herabsetzung der Soziallöhne, vollkommene Erfüllung der Schwerindustrieellen Forderungen auf Reduzierung der Erwerbslosenlöhne, der Rentenfürsorge, der Ausgaben für Witwen und Waisen, der

Dungers und des Elends für das werktätige Volk.

Zweitens: Aufrichtung einer Diktatur des Finanzkapitals über die gesamte Finanzpolitik der Länder und der Gemeinden. Die Schwerindustrie proklamiert das Finanzdiktaturprogramm Schachts als ihr eigenes.

Drittens: Faktische Aufhebung der Finanzhoheit der Länder und Gemeinden mit den Zielen, die Schacht bereits verkündet hat: Abwägung jeglicher Sozialpolitik der Selbstverwaltungskörper.

Viertens: Verschleungte und radiete „Verwaltungsreform“ mit dem Ziele eines umfassenden Beamtenabbaues im nächsten und in den kommenden Jahren.

Und fünftens: Abbau der Besteuerungen und Erhöhung der Massensteuern mit dem offen eingestandenen Ziele der noch größeren Steigerung des kapitalistischen Profits.

Der Ton des „Sparprogramms“ der Bourgeoisie ist Beleidigung. Widerstand wird nicht gebudet! Finanzkapital, Schwerindustrie und Großhandel verlangen „sofortige Durchsetzung“ ihres Befehls: „Weder bei Regierungen, noch bei Volksvertretungen hat sich blöder der Wille zu einer spärlichen Wirtschaftsführung mit genügendem Nachdruck durchgesetzt.“ Und der Schlußakt des Unternehmerprogramms ist der Ruf nach der offenen Diktatur: „In solcher einheitlichen Wirtschaft- und Finanzpolitik haben die Verbände den Weg in die Zukunft, eine solche Politik erfordert die Stärkung der Befugnisse der Reichsregierung!“ Der Weg in die imperialistische Zukunft auf dem Rücken des werktätigen Volkes, unter der Weisheit der